

Vergleich der Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien zu den Europawahlen 2009 – Lexikon der Nachhaltigkeit – www.nachhaltigkeit.info

Stand: 30.04.2009	CDU	CSU	FDP	Die Grünen /EFA	Die Linken	SPD
Klimaspekte						
Klimapolitik	nur global lösbar, EU soll Vorreiterrolle behalten	nur global lösbar, EU soll Vorreiterrolle behalten; gerechte Lastenverteilung innerhalb der EU; positive Anreize für nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik	Anpassungsmaßnahmen durchführen; Wahl der Instrumente durch Wettbewerb der Ideen; mehr Markt	EU muss wieder Vorreiterin im internationalen Klimaschutz werden (historische Verantwortung); mit ganzer Energie für den internationalen Klimaschutz (intelligente Klimapolitik); Klimapolitik ist ein strategisch wichtiges Politikfeld (Beeinträchtigung von Ökosystem und Finanzsystem)	fordert EU-weit verbindliche Ziele, sieht neue Erfordernisse durch EU-Erweiterung, Begrenzung der globalen Erwärmung um 2°C, unter Ausschluss von Emissionsrechtzukauf aus anderen Erdteilen	Klimawandel ist die elementare Herausforderung des 21. Jhs.; die SPD fordert eine gemeinsame europäische Antwort; Klimapolitik u. wirtschaftl. Wachstum sind keine Gegensätze; konkrete Maßnahmen müssen den bisherigen Klimaschutzzielen folgen; Forderung nach umfassenden EU-Klimaschutzrichtlinie mit ambitionierten Zielen und Maßnahmen in Sektoren wie Landwirtschaft, Nahrungsmittel, Bau und Verkehr, die von bisherigen Regelungen noch nicht erfasst sind
Emissionen Emissionshandel	Weiterentwicklung des EU-ETS zu globalem System	nicht erwähnt	Abschaffung der Spielräume bei Emissionsgrenzwerten für Industrieanlagen; Ziel globaler Kohlenstoffmarkt; Emissionshandel auf alle Wirtschaftssektoren ausweiten	Emissionshandel verbessern; Zertifikate vollständig versteigern (Luft- und Schiffsverkehr international) Handelssystem erweitern (Revision von Ausnahmen bei der Zertifikatsvergabe in der verarbeitenden Industrie); vollständige Zertifikatsversteigerung (marktwirtschaftliches Funktionieren des Handelssystems ermöglichen); Kennzeichnung des CO ₂ -Ausstoßes in der Produktionskette	fordert vollständige Versteigerung der Zertifikate. Da das EU-Recht solches erst ab 2013 ermöglicht, müssen die Mitnahmegewinne aus den Zertifikatschenkungen über eine Sondersteuer abgeschöpft werden. Gewinne aus Versteigerungen sollen in den sozialökologischen Umbau fließen. Bisher hat der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU versagt	Nennung als Eckfeiler des EU-Klima- und Energiepakets
Feinstaubbelastung	nicht erwähnt	nicht erwähnt	Fokus auf Jahresmittelwerte	nicht erwähnt	nicht erwähnt	nicht erwähnt
Reduktionsziele	20%ige Reduktion des CO ₂ -Ausstoßes EU-weit bis 2020 (bezogen auf 1990)	nicht erwähnt	20%ige Reduktion der Klimagase EU-weit bis 2020 (bezogen auf 1990)	30%ige Reduktion der Klimagase EU-weit bis 2020, 80% bis 2040 (bezogen auf 1990), CO ₂ -Ausstoß im Autoverkehr senken (Förderung von green cars, ambitionierte Festlegung von Grenzwerten für 2030)	40%ige Reduktion der Klimagase EU-weit bis 2020, 90% bis 2050 (bezogen auf 1990)	40%ige Reduktion der Klimagase EU-weit bis 2020 (bezogen auf 1990)
Kyoto	nicht erwähnt	nicht erwähnt	Ziel: wirksames globales Post-Kyoto Abkommen	Einsetzen für ein starkes Kyoto-Nachfolgeabkommen (Vorreiterrolle der EU gerecht werden)	Beschleunigung des Kyoto-Folgeabkommens durch Finanzmittel der EU für den Klima- und Regenwaldschutz sowie für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern	geschlossenes Auftreten Europas in den internationalen Klimaverhandlungen und Drängen auf eine Kyoto - Nachfolgeabkommen mit weit reichenden neuen Zielen
Ressourcen						
Ressourceneffizienz	Erhöhung bis 2020 um 20%	nicht erwähnt	nicht erwähnt	Ressourcennutzung zum Wohle aller gestalten; Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung von Rohstoffen spielt entscheidende Rolle (verstärkte Ganzpflanzennutzung, Kaskadennutzung sowie die Erzeugung von Biogas statt weniger effizienter Flüssigtreibstoffe)	Drastische Minderung des Rohstoffverbrauchs und Etablierung geschlossener Stoffkreisläufe mit EU-weit verbindlichen Zielen	die Technologieführerschaft im Bereich Energieeffizienz soll ausgebaut werden (vgl. S. 10)
Ressourcenschonung	nicht explizit erwähnt	integrierter Ansatz aus Energiesparen, Ausbau Erzeugung erneuerbarer u. Einsatz CO ₂ -armer Energie	nicht-nachhaltigen Fischfang stoppen	nicht explizit erwähnt	natürliche Ressourcen sind sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig zu nutzen	systematische Förderung von energie- und ressourcenschonenden Umwelttechnologien (vgl. S. 10)
Rohstoffe	Landwirtschaft und ländliche Gebiete sollen von Produktion von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen profitieren	nicht erwähnt	gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung	nachwachsende Rohstoffe verantwortungsvoll nutzen: Basis für die Energieerzeugung, jedoch ohne Konkurrenz zwischen Nahrungs- und Energieproduktion; klare ökologische u. Soziale Standards für die Erzeugung pflanzlicher Rohstoffe schaffen (Vorgaben der EU-Richtlinien in nationale Nachhaltigkeitsverordnungen umsetzen); dringend nötig: eine international anerkannte Folgenabschätzung und Zertifizierung für den Pflanzenanbau im Hinblick auf globale Ernährungssicherung u. Erhalt biologischer Vielfalt; Import von nicht zertifizierten Tropenhölzern unterbinden → Urwaldschutzgesetz entwickeln	natürliche Ressourcen und die natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Biodiversität sind dauerhaft zu erhalten; fordert die EU auf, Regeln und Sanktionsmöglichkeiten für den Handel mit „Konfliktressourcen“ festzulegen, um Raubbau und Konflikte um strategische Ressourcen zu verhindern; keine militärische Sicherung von Rohstoffen	Es wird eine größere Unabhängigkeit von steigenden Öl- und Gaspreisen angestrebt (vgl. S. 10)

Maßnahmenprogramme, Baubestand, Stadtplanung	nicht erwähnt	nicht erwähnt	nicht erwähnt	nicht erwähnt	die natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Biodiversität dauerhaft zu erhalten	nicht erwähnt
Energieversorgung	Beitrag durch Landwirtschaft; Einfluss EU auf globale Energiemärkte erhöhen; Vollendung des Energiebinnenmarkts	langfristige Energiepolitik mit klaren Verträgen mit den Lieferländern, Lieferländer diversifizieren; ausgewogener Energiemix	gemeinsame Energieaußenpolitik; Netze unabhängig von Energieproduktion; keine Diskriminierung der energetischen Verwendung von Abfällen	Energieaußenpolitik neu ausrichten, Stromversorgung dezentral und europaweit vernetzen; mehr regulierten Wettbewerb auf dem Markt schaffen; Energieeffizienz steigern; Energie einsparen, Gebäude besser sanieren;	fordert Energiewende hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltige Energiewirtschaft, öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft statt bisherigen Emissionshandel, „Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung ist auch eine zentrale friedenspolitische Investition“; Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand, Entflechtung der Oligopole von Erzeugern und Netzbetreibern	gemeinsame Energieaußenpolitik; Unabhängigkeit von Öl
Erneuerbare Energien	20% bis 2020; Landwirtschaft und ländliche Regionen sollen profitieren	sollen ausgebaut werden	20% bis 2020; „Innovationsoffensive“ für saubere Energien – inkl. CO ₂ -Abscheidungstechnik; Stromverbund mit Nordafrika (DESERTEC) und Bau solarthermischer Kraftwerke innerhalb der Mittelmeerunion	100% erneuerbare Energie bis 2030 schaffen; EURENEW (Gemeinschaft für Erneuerbare Energien) als Antriebsmotor gründen; Europaweites Stromeinspeisegesetz für Erneuerbare Energien schaffen (auf der Basis des EEG); Energiemix aus Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und Wasser schaffen, nachhaltige Schaffung bei Biomassenerzeugung	25% bis 2020 vom EU-Energieverbrauch, Biomasseanbau unter Nachhaltigkeitskriterien, Berücksichtigung von Tropenwaldvernichtung, Vertreibung indigener Gruppen und Kleinbauern, Konkurrenz Nahrungsmittelproduktion; Bio-Sprit-Quote von 10-20% ist zu hoch, bisher fehlen Nachhaltigkeitskriterien für die Erzeugung/Importe – stattdessen Biogas bevorzugen	erneuerbare Energien sollen gefördert werden und die Technologieführerschaft Europas vorangetrieben werden
Atomenergie	EU „auf absehbare Zeit“ hierauf angewiesen	bestehende bayerische Kraftwerke sollen erhalten bleiben	nicht erwähnt	Atomausstieg vorantreiben; EURATOM abschaffen; Sicherheitsstandards nach den besten technischen Möglichkeiten ausrichten; unbeschränkte Haftung für mögliche Atomunfälle; Errichtung von staatlich kontrollierten Fonds zur Deckung von Abriss- und Endlagerkosten, sowie EU-weite Brennelementesteuern;	fordert den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft, Beendigung des EURATOM-Vertrages, Umleitung der Atomforschungsmittel in Abkehr von fossil-nuklearen Energiesysteme, Verbot der Wiederaufarbeitung, Verzicht von Transporten bis zur Inbetriebnahme geeigneter Endlager	Atomausstieg zu Gunsten der Förderung erneuerbarer Energien
Fossile Energie	Diversifikation der Bezugsquellen; Abhängigkeit auf „absehbare Zeit“	weiterhin nötig	nicht erwähnt	Klimaschutz nur ohne Kohlekraftwerke (klimaschädlichste Form der Stromerzeugung); Forderung nach einem Moratorium für neue Kohlekraftwerke; gesetzliche Festlegung eines Mindestwirkungsgrades von 58 %; auf EU-Ebene Rahmenbedingung für strenge Grenzwerte schaffen; CCS-Technik noch nicht hinreichend erforscht, daher Einsatz unverantwortlich	Rückbau der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, keine Neubauten fossiler Großkraftwerke	es wird auf erneuerbare Energien gesetzt mit dem Ziel unabhängiger von Öl und Gas zu werden
Mobilität	Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland	nicht erwähnt	Einbeziehung aller Verkehrsträger in EU-ETS; europaweites System zur Zertifizierung nachhaltig gewonnener Kraftstoffe; Förderung der Arbeitnehmermobilität durch soziale Absicherung und medizinische Versorgung bei längerem Aufenthalt im Ausland aus beruflichen oder anderen Gründen; Nutzung der Elektromobilität vorantreiben	Mobilität braucht neue Wege nicht neue Straßen; Strategie baut auf Verkehrsvermeidung, -verlagerung, eine nachhaltigen Mobilitätsgestaltung; leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel als Rückgrat; nationale Radverkehrspläne; Carsharing-Modelle, saubere Autos; Leitbild der europäischen Stadt der kurzen Wege; flächendeckendes Bahnnetz (Vorrang für den Schienenverkehr); Ausbau Personennahverkehr; Beendigung der Preisverzerrung zwischen Luft-, Schienen-, Straßen- und Schiffsverkehr; europaweite LKW-Maut mit Mindestsätzen; Europaweite Kerosinbesteuerung; Abkehr vom Primat des Autoverkehrs; Ziel: 2020 2 Mio. Elektroautos (Innovationsschub im Autobau); max. Tempo auf Autobahnen 120 km/h (80 km/h auf Landstraßen; 30 km/h in Städten und Wohngebieten)	Neuausrichtung der Verkehrspolitik, Vermeidung überflüssigen Verkehrs, Ausbau öffentlichen Nahverkehrs und Schienenverkehrs, Umweltkosten in der LKW-Maut berücksichtigen, Verbot von Gegalinnern, strengere Abgas-/Verbrauchsnormen für PKW und LKW, EU-weite Abgabe für Verbrauch im Flug-/Schiffsverkehr	nicht erwähnt

Regulierungsmechanismen						
Steuern mit Nachhaltigkeitsbezug	indirekt durch Emissionszertifikate	nicht erwähnt	nur zeitlich befristete Steuerbefreiung von Biokraftstoffen; indirekt durch Emissionszertifikate; Senkung der Stromsteuer bzw. ermäßigter MwSt.-Satz auf Energie; Streichung der Ökosteuer	Grüner New Deal, eine neue globale Finanzordnung; Unternehmensgründungen für nachhaltiges Wirtschaften unterstützen; Nachhaltig investieren; mehr Ausgaben für Klimaschutz, Bildung und Forschung;	Fordert ökologisch gewichtete Energie- und Ressourcensteuern, wo andere Instrumente nicht greifen, an anderer Stelle finanzielle Entlastung der Bürger; fordert Sondersteuer auf die Mitnahmegewinne aus dem EU-Emissionshandel bis Abschaffung der Zertifikatschenkungen an die Industrie	das bestehende EU-Klima- und Energiepaket mit seinen Eckpfeilern Emissionshandel , erneuerbare Energien und der geologischen Speicherung von Kohlendioxid soll weiter verfolgt und erweitert werden
Verbraucherschutz / Klagemöglichkeiten	keine Sammelklagen nach anglo-amerikanischem Vorbild; Verbraucherrecht EU-weit harmonisieren (insbesondere techn. Regelungen, Widerrufs-, Gewährleistungs- und Informationspflichten)	Verbraucherschutz erhalten und stärken; die CSU setzt „auf gemeinsame Regeln im europäischen Binnenmarkt nach dem Leitbild des mündigen Verbrauchers.“	Stärkung der Verbraucherinformation und -bildung; Vereinheitlichung der europäischen Verbraucherschutzvorschriften in den Kernbereichen (Fristen, Widerrufsrecht, Belehrungspflichten)	Richtlinie für die Darstellung von Verbraucherinformationen einführen; Sammelklagen und Verbandsklagerecht europaweit ermöglichen; modernes Verbraucherrecht für Europa entwickeln und als Bürgerrecht verankern; Kundendaten besser schützen → Datenschutzsiegel; Verbraucherschutz im Finanzmarkt etablieren, Europäische Banken- und Finanzaufsicht einrichten	Erweiterung von Informations-, Kontroll- und Klagerechten der Konsumentinnen und Konsumenten; objektive Prüfung der Effizienz und Effektivität der öffentlichen Dienste und ein hohes Niveau an Verbraucherschutz	die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher sollen gestärkt werden; es sollen hohe Qualitätsstandards, Transparenz und verbesserte Verbraucherinformationen gegeben werden; Vermeidung, dass bewährte und weitgehende nationale Verbraucherrechte und Schutzstandards unterlaufen werden (vgl. S. 7)
Umwelt						
Naturschutz	soll Vertrauen der Bevölkerung in Lebensmittelproduktion sichern; globale Mindeststandards; Folgeabschätzung bei EU-Rechtsetzung	muss auf die Besonderheiten der heimatischen (bayerischen) Naturräume eingehen; Flora-Fauna-Habitat Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie müssen bayerische Verhältnisse berücksichtigen	Schiffsverkehr umweltfreundlicher gestalten	Schutz von Wäldern in die internationalen Klimaverordnungen einbeziehen; Zerstörung von Ökosystemen stoppen; Drosselung der Entwaldung als kostengünstiger Weg zum Klimaschutz unterstützen; Schutz der Artenvielfalt, Natur und biologischen Vielfalt unterstützen; sauberes Wasser und natürliche Gewässer schützen; ökologische und soziale Nachhaltigkeit zur Regel machen	fordert die Stärkung des "Natura 2000"-Schutzgebietsnetzes auf dem Land und im Meer, Verbot der Grundschieppnetzerei, die drastische Minderung des Beifangs und die Kopplung der Fischereisubventionen an ressourcen- und umweltschonende Fangmethoden	bestehende Normen und Programme sollen weiterverfolgt werden und mit einer ambitionierten Umweltpolitik weitere Fortschritte zum Umwelt- und Naturschutz erzielt werden (vgl. S. 10)
Biodiversität – Artenvielfalt	nicht erwähnt	nicht erwähnt	Artenvielfalt sichern, Sicherung durch Vorsorgeprinzip; Forschung und Bestandsaufnahme zur biologischen Vielfalt	kein Patent auf Leben – Überarbeitung der Biopatentrichtlinie; Verlust der Biodiversität aufhalten; Integration des Biodiversitätsschutzes in alle Politikbereiche (Querschnittsaufgabe)	Rückgang der Artenvielfalt muß gestoppt werden	bestehende Normen und Programme sollen weiterverfolgt werden und mit einer ambitionierten Umweltpolitik weitere Fortschritte zur Bewahrung und Förderung biologischer Vielfalt erzielt werden (vgl. S. 10)
Tierschutz / artgerechte Haltung	soll Vertrauen der Bevölkerung in Lebensmittelproduktion sichern	nicht erwähnt	nicht erwähnt	Schutz und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt; Tierschutz in Europa stärken; Tierversuche überflüssig machen (Datenbank über Tierversuche erstellen, gegen Doppelforschung); EU-Tierversuchrichtlinie muss revidiert und um die Bereiche Grundlagenforschung, Aus-, Fort- und Weiterbildung erweitert werden	fordert verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene, grundsätzliches Verbot von Tierversuchen (nur beründete Ausnahmen), ethisch vertretbare Nutztierhaltung, Rückbau industrieller Tierhaltung	bestehende Normen und Programme sollen weiterverfolgt werden und mit einer ambitionierten Umweltpolitik weitere Fortschritte zum Tierschutz erzielt werden (vgl. S. 10)
Landwirtschaft						
Agrar- und Ernährungsfragen	Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen – faire Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene	EU Agrarpolitik soll sich stärker an Interessen bäuerlicher Landwirtschaft ausrichten – besondere Struktur Bayerns muss Beachtung finden; für Milchmengensteuerung; mehr regionale Eigenständigkeit	keine Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungs- und Futtermittelproduktion mit Biokraftstoffen, Stärkung des Wettbewerbs; Ausrichtung der GAP an Kriterien der Nachhaltigkeit der Produktion und der größtmöglichen Effizienz	parlamentarische Kontrolle und Transparenz in der Agrarpolitik schaffen; Energieverschwendung in der Ernährungswirtschaft stoppen; ausgewogene Meerespolitik vorantreiben (Fischereipolitik reformieren); Recht auf Nahrung (gesunde und natürliche Lebensmittel) umsetzen und für alle garantieren	Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist so ausgestalten, dass sie den Interessen der Menschen, der Verantwortung für die Ernährungssouveränität anderer Regionen der Welt und ökologischer Verantwortung entspricht; Sicherung von Beschäftigung und Wertschöpfung in den ländlichen Regionen, Stärkung der Landwirte ggb. den Nahrungsmittelkonzernen und Handelsketten, Förderung des Ökolandbaus, keine Konzentration von Bodeneigentum, Verbot von Spekulationen auf dem Agrarrohstoffmarkt, Abschaffung von Exportsubventionen	"den Gefahren einer Verknappung von Nahrungsmitteln und steigenden Preisen wollen wir mit einem umfassenden politischen Ansatz begegnen" (S. 17)
Böden	nicht erwähnt	Ablehnung einer EU-Bodenschutzrichtlinie	Umsetzung des FDP-Modells der Kulturlandschaftsprämie	Böden schützen, nicht belasten; Kampf gegen Pestizide; Vielfalt auf dem Acker sichern → freies Saatgut	fordert EU-Bodenschutzverordnung; natürlichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Biodiversität sind dauerhaft zu erhalten	nicht erwähnt

grüne / rote Gentechnik	nicht erwähnt	keine grüne Gentechnik in Bayern; keine Brüsseler Fremdbestimmung	Nutzung der Grünen Gentechnik und Abschaffung von Innovationsblockaden	Agro-Gentechnik ist eine Risikotechnologie die nicht verantwortlich ist; Kampf für eine gentechnikfreie Landwirtschaft; EU-weites Verbot für Gentech-Pflanzen in der konventionellen und biologischen Landwirtschaft; klare Gen-Kennzeichnung → Kennzeichnungslücken im EU-Recht schließen (bei Produkten wie Fleisch, Milch oder Käse, aber auch bei Lebensmitteln von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert werden); Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Lebensmittel verändern, unabhängige Risikoforschung stärken und Risiken der Agro-Gentechnik einbeziehen	von genmodifizierten Pflanzen gehen erhebliche Gefahren aus, deshalb Verbot von Anbau und Patentierung	nicht erwähnt
Abfallproblematik						
Abfallproblematik / Abwässer	nicht erwähnt	nicht erwähnt	ermäßigte Umsatzsteuer auf Abwasser und Abfall für öffentliche und private Anbieter	Müllvermeidung als oberstes Prinzip → Zielvorgaben zur Müllvermeidung einführen und Recyclingquoten erhöhen; Abfälle nutzen statt Regenwälder zu zerstören; von der Müll- zur Kreislaufwirtschaft; Nutzung von Reststoffen und Abfällen aus der Ernährungs- und Landwirtschaft, sowie Energiegewinnung aus Kläranlagen, Deponien und Grubengas	Abfallvermeidung, sinnvolles Recycling, Abfallverbrennung als Regelverfahren lehnt die LINKE ab,	nicht erwähnt
Chemikalien / REACH-Verordnung	nicht erwähnt	nicht erwähnt	nicht erwähnt	Chemikalien in Gewässern vermindern; Pestizide vermeiden; Einsetzen für die konsequente Umsetzung der EU-Chemikalienpolitik REACH; Verbesserung der Auskunftsrechte über gefährliche Produkte	fordern die zügige Weiterentwicklung der europäischen Chemikalienverordnung REACH im Interesse gesunder Lebens- und Umweltbedingungen sowie einer besseren Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Produktion und Vermarktung von allen Stoffen, die krebserregend oder erbgutschädigend sind bzw. sich in Mensch oder Umwelt dauerhaft anreichern, ist einzustellen.	nicht erwähnt
Elektroschrott / Sonderabfälle	nicht erwähnt	nicht erwähnt	nicht erwähnt	Forderung nach klaren Regeln für den Umgang mit Elektroschrott; Vermeidung von Elektroschrott durch Normung von IT-Akkus und Zubehör; „Top-Runner-Prinzip“ aus Japan anwenden (energieeffizientestes Gerät einer Produktgruppe gibt Maßstab vor, den alle vergleichbaren Produkte innerhalb eines festgelegten Zeitraums erreichen müssen)	nicht erwähnt	nicht erwähnt
Soziale Fragen						
soziale Gerechtigkeit	keine vollständige Harmonisierung der Sozialpolitik auf EU-Ebene; „Balance aus wirtschaftlicher Vernunft [...] und sozialer Gerechtigkeit“	Festhalten an Sozialer Marktwirtschaft; keine generelle Zuständigkeit der EU in der Sozialpolitik, keine gemeinsame Sozialkasse; gegen weitere Antidiskriminierungsvorgaben aus der EU	freier Wettbewerb im marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen; soziale Reformen in alleiniger Verantwortung der Mitgliedsstaaten; Förderung der Arbeitnehmermobilität durch soziale Absicherung und medizinische Versorgung bei längerem Aufenthalt im Ausland; Wettbewerb der Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme	Gerechtigkeit schaffen, sozialer Spannung entgegenwirken; Sozialpakt für Europa schaffen; Lissabonstrategie neu ausrichten; Mindestlöhne einführen; Arbeitszeit reduzieren; Rechte von ArbeitnehmerInnen stärken; Wahlrecht ausweiten; Grundrechte einklagbar machen; Gesellschaftl. Teilhabe ermöglichen; gesellschaftl. Reformen ermutigen; Europäische Sozialkarte u. europaweite Arbeitslosenversicherung einführen	sozial verträgliche Gebühren, Kampf gegen soziale Benachteiligungen, Gewährleistung bezahlbarer Energie und Mobilität auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten	sozialer Stabilitätspakt mit gemeinsamen europäischen Zielen u. Vorgaben für die nationalen Sozial- u. Bildungsausgaben gemessen an der jeweiligen wirtschaftspol. Leistungsfähigkeit der EU-Staaten; die EU muss ein „diskriminierungsfreier Raum der Chancengleichheit“ (S. 4) sein; Politik soll ein soziales Europa gestalten, dem Wirtschaften soziale u. ökologische Regeln geben und so den Primat der Politik behaupten (vgl. S. 1)
Schuldenfalle für folgende Generationen	EU ohne eigene Kompetenzen für Steuererhebung oder zur Aufnahme von Schulden	Haushalt mit klarer Grenze; Grundsatz sparsamen Haushaltens u. Verschärfung der Kontrollen hierüber	Festhalten am Verschuldungsverbot der EU	für einen Grünen New Deal in Europa; Verschuldungsprobleme in den Entwicklungsländern lösen		nicht erwähnt

Gleichstellungsfragen	Lohnleichheit; mehr Frauen in Führungspositionen; bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Bekämpfung des Lohngefälles zwischen Mann / Frau; kein Bedarf an neuen EU-Regeln	nicht erwähnt	Frauenenerwerbstätigkeit erhöhen; Lohnleichheit, Chancengleichheit herstellen u. Diskriminierung bekämpfen; Vereinbarkeit von Familie u. Beruf verbessern; Gleichberechtigung für alle Frauen in Europa schaffen; mit einer EU-Sonderbeauftragten Gewalt gegen Frauen bekämpfen; Gleichberechtigung für Lesben, Schwule, Bisexuelle u. Transgender herstellen	die gegenwärtig Wirtschaftskrise zementiert die Geschlechterproblematik weshalb dem entgegengesteuert werden muß	aktive Gleichstellungspolitik; Lohnangleichung zwischen Männern und Frauen; Gender Mainstreaming als umfassendes politisches Prinzip in allen Politikbereichen umsetzen; Ausarbeitung einer europäischen Charta der Frauenrechte (vgl. S. 4)
Kinder	frühzeitiger Fremdsprachenunterricht	mehr Familien sollen sich für Kinderentscheiden, dies gilt es zu fördern	Förderung der Bildung; frühes Lernen von Fremdsprachen	demographische Entwicklung als europaweite Herausforderung begreifen; ein Europa für Kinder und Jugendliche schaffen; flächendeckende u. qualitativ anspruchsvolle Kinderbetreuung sicherstellen	Überwindung von Armut, insbesondere von Kinderarmut	Kinderarmut soll durch klare Ziele und Maßnahmen signifikant verringert werden (vgl. S. 5); Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und ihrer Kernarbeitsnormen, wie die Abschaffung der Kinderarbeit (vgl. S. 16)
Ältere	nicht erwähnt	nicht erwähnt	Potenziale der Älteren für die Wirtschaft besser nutzen – Lebenslanges Lernen fördern (Lebenslanges Lernen hat die CDU unter Bildung gepackt)	barrierefreies Europa; Gleichberechtigung für Ältere herstellen; gleitende Übergänge vom Berufsleben in die Rente ermöglichen	Überwindung von Armut, insbesondere von Altersarmut	Altersarmut soll bekämpft und die Beschäftigungsfähigkeit älterer Menschen vorangetrieben werden; Altern in Würde soll für alle möglich sein (vgl. S. 5)
Bildung	Zugang zur Bildung verbessern; engere Verzahnung von Theorie und Praxis; frühzeitiger Fremdsprachenunterricht	vermehrte Austauschprogramme; keine Einmischung in bayerische Bildungshoheit	grenzüberschreitend gestalten; Anhebung der Sprachkompetenz über Englisch hinaus; Sprache des Nachbarlandes lernen; Austauschprogramme im Bereich des lebenslangen Lernens	Bildungs-/ Berufsabschlüsse anerkennen; Ausbildungssysteme durchlässiger machen; Ausgaben für Bildung erhöhen; Auslandsaufenthalte für alle fördern; Lebenslanges Lernen europaweit fördern; Einrichtungen zur Bildung u. Weiterbildung sicherstellen	Teil des „ökologisch-sozialen Zukunftsinvestitionsprogramms“ (zukünftig 2% des BIP für Klimaschutz/Energiewende, ökologischen Umbau, Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und gesellschaftlichen Infrastruktur, z.B. Bildung, Gesundheit etc.)	europaweiten Ausbau von Bildungsangeboten für Kinder durch mehr Kindertagesstätten und Kindergärten; mehr Ganztagschulen u. umfassende Bildungsangebote für Jugendliche (vgl. S. 5)
Wissenschaft						
Forschung	Ziel: 3% BIP in FuE; EU attraktiver für besonders gut qualifizierte Menschen machen (Blue Card); Arbeitsplätze im Bereich Energieforschung u. -technologie erhalten und schaffen; Forschungsschwerpunkte auf Erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung u. Energieeinsparung	Europa soll im Bereich FuE „gemeinsame Antworten auf die aktuellen Herausforderungen“ bieten	Erforschung von besseren Energiespeichern und intelligenter Netze (smart grids); bessere Leitlinien für FuE Steueranreize; Deutschland bis 2010 3% des BIP für FuE	Forschung stärken; eine faire Balance zwischen Innovationsschutz und Wissenszugang gewährleisten	Gegen öffentlich-privaten Partnerschaften (Public-Private-Partnerships) in der Forschung (z.B. Europäische Technologieinitiative, Europäisches Technologie- und Innovationsinstitut),	im Kontext des europäischen Haushaltes setzt die SPD insbesondere auf Innovation und FuE
EU-Forschungsprogramm	nicht erwähnt	nicht erwähnt	weiterer Bürokratieabbau	Forschungsförderung demokratisch, transparent und unbürokratisch ausrichten; Mikroprogramme fördern; stärkere Ausrichtung in Richtung Klimaschutz	konsequente Ausrichtung auf Wissensbedarf für nachhaltigen sozial-ökologischen Wandel der europäischen Gesellschaft: Erforschung nachhaltiger Energieerzeugung, Erhaltung der Artenvielfalt sowie Reduzierung von Treibhausgasen, höherer Stellenwert für sozial-, kultur- und geisteswissenschaftliche Forschungen zur sozialen, friedlichen u. demokratischen Entwicklung Europas	nicht erwähnt
Entwicklungszusammenarbeit	geregelter Zuwanderung; Migrationsursachen vor Ort bekämpfen; Gegenmaßnahmen gegen illegale Migration in Europa selbst und darüber hinaus	muß in Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik integriert sein	Technologietransfer im Rahmen des CDM; Streichung von Exportsubventionen für Agrarwirtschaft; europäische Entwicklungszusammenarbeit koordinieren – Verknüpfung mit der Einhaltung von Menschenrechten und Guter Regierungsführung in Empfängerländer	Menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik vorantreiben; Einwanderungsmöglichkeiten schaffen; Integration und Teilhabe fördern; eine neue Europäische Nachbarschaftspolitik schaffen; Partnerschaft mit Afrika vertiefen; Frauen in der Entwicklungspolitik stärken; WTO reformieren; Handelspolitik auf Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Transparenz verpflichten; interkulturellen Dialog stärken; historischer Verantwortung gerecht werden (Auswirkungen des Klimawandels); Millenniums-Entwicklungsziele erreichen	umfassende Entschuldung armer Länder sowie konkrete Schritte der EU, um die von ihr 2006 bestätigte Forderung nach min. 0,7% des BNE für Entwicklungshilfe; Berücksichtigung der Entwicklungsländer in solidarischer Agrar-, Handels- und Außenpolitik; Unterstützung beim Waldschutz, aktives Engagement für die Millenniums-Entwicklungsziele der UNO; Rücknahme von Agrarexportbeihilfen; Festlegung von sozialökologischen Standards für alle außenwirtschaftlichen Aktivitäten; WTO soll TRIPS-Abkommen und geistige Eigentumsrechte aus ihrem System ausnehmen, Liberalisierungszwänge sozialer Systeme unterlassen	schrittweise Erhöhung der Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung bis 2010 auf 0,51% und bis 2015 auf 0,7% des Bruttoinlandsproduktes; Betonung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen; die SPD setzt "auf Marköffnung und den weiteren Abbau von Subventionen, die Förderung nachhaltiger naturverträglicher Landwirtschaft gerade auch in den Entwicklungsländern, einen konsequenten Klimaschutz sowie Maßnahmen zur Sicherung der biologischen Vielfalt" (S. 17)
Quellen:	<i>Starkes Europa – Sichere Zukunft.</i> Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Europawahl 2009, Berlin, 16. März 2009	Vorläufiges CSU-Europawahlprogramm 2009, 4. April 2009 (wird am 9.05.09 der Parteispitze zur Abstimmung vorgelegt)	<i>Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts.</i> Programm der Freien Demokratischen Partei zur Europawahl 2009, Beschluß des Europaparteitags, 17.01.2009, Berlin	Bündnis 90/Die Grünen: <i>Volles Programm. Mit Wums für ein besseres Europa</i> , Berlin 2009.	<i>„Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa!“</i> - Programm von DIE LINKE für die Europawahlen am 7.06.2009, Beschluß des Europaparteitags, 28.02.2009, Essen	<i>Europamanifest der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. Für Europa: stark und sozial!</i> - Berlin 2008